

Verordnung

der Großen Kreisstadt Sebnitz

über einen verkaufsoffenen Sonntag im Jahr 2019

Aufgrund von § 8 Absatz 1 des Gesetzes über die Ladenöffnungszeiten im Freistaat Sachsen (Sächsisches Ladenöffnungsgesetz – SächsLadÖffG) vom 1. Dezember 2010 (SächsGVBl. S. 338), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 5. Dezember 2017 (SächsGVBl. S. 658), wird durch Beschluss des Stadtrates der Großen Kreisstadt Sebnitz vom 18. April 2018 verordnet:

§ 1

Verkaufsoffener Sonntag

An folgendem Sonntag dürfen alle Verkaufsstellen in der Innenstadt Sebnitz (Verkaufsstellen zwischen Kreuzstraße, Blumenstraße, Böhmisches Straße, Weberstraße, Pfarrgasse, Hertigswalder Straße, Schillerstraße, Kreisverkehr Schillerplatz, Neustädter Weg, Neustädter Straße und Bahnhofstraße) in der Zeit zwischen 12:00 und 18:00 Uhr geöffnet sein:

8. Dezember 2019 (Weihnachtsmarkt Sebnitzer Tannert-Weihnacht)

§ 2

Ordnungswidrigkeiten

Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung sind Ordnungswidrigkeiten nach § 11 Absatz 1 Nummer 1 SächsLadÖffG und können gemäß § 11 Absatz 2 1. Halbsatz SächsLadÖffG mit Geldbuße geahndet werden.

§ 3

Inkrafttreten und Außerkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft und am 31. Dezember 2019 außer Kraft.

Sebnitz, 14.03.2019

Ruckh
Oberbürgermeister

Hinweis auf § 4 Abs. 4 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO)

Nach § 4 Abs. 4 Satz 1 SächsGemO gelten Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der SächsGemO zustande gekommen sind, ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen.

Dies gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
3. der Bürgermeister dem Beschluss nach § 52 Abs. 2 SächsGemO wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat,
4. vor Ablauf der in § 4 Abs. 4 Satz 1 SächsGemO genannten Frist
 - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
 - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschrift gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach den Ziffern 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in § 4 Abs. 4 Satz 1 SächsGemO genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.